

# Tschechische Republik

Volker Weichsel

Das Jahr 2021 stand in Tschechien wie bereits das Vorjahr lange im Zeichen der Covid-19-Pandemie. Hatte im Frühjahr 2020 Prag versucht, mit einer Schließung der Außengrenzen zu Deutschland und Österreich eine Ausbreitung des Virus im eigenen Land zu verhindern, so stellte sich in den ersten Monaten des Jahres 2021 die Lage umgekehrt dar. Nun sah sich Tschechien damit konfrontiert, dass Deutschland und Österreich aufgrund hoher Infektionszahlen im Nachbarland die Personen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit nahezu vollständig einschränkten. Besonders betroffen waren tschechische Berufspendler und ihre Arbeitgeber in Sachsen, Bayern, Ober- und Niederösterreich. Eine innereuropäische Grenze, die seit dem Beitritt der Tschechischen Republik zum Schengen-Raum im Jahr 2007 nahezu verschwunden war, tauchte fast über Nacht wieder auf. Auch ein Jahr nach Beginn der Pandemie zeigte sich, dass ungeachtet aller grenzüberschreitenden Verflechtung und aller zwischenstaatlichen Kooperation auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene in Krisensituationen der Nationalstaat der entscheidende Akteur bleibt.

## **Impfstoffbeschaffung – ein europapolitischer Indikator**

Zu einer europapolitischen Gretchenfrage wurde im Zuge der Pandemiebekämpfung die Impfstoffbeschaffung. Dem aus der Europäischen Union (EU) ausgetretenen Vereinigten Königreich war es gelungen, ein Vakzin früher und in größerer Menge zu erhalten als die gemeinsam handelnden EU-Staaten. Zudem bot Russland bereits zu einer Zeit einen Impfstoff an, als die von der Europäischen Arzneimittelagentur zugelassenen Vakzine noch sehr knapp waren. Eingefleischten EU-Kritikern bot dies ebenso Munition wie Populisten, die keine Gelegenheit auslassen, mit dem Finger auf Brüssel zu zeigen, wenn sie sich davon kleine Vorteile versprechen. In diese Kategorie fällt auch der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš. So war es kein Zufall, dass Babiš einen von der portugiesischen Ratspräsidentschaft ausgehandelten Verteilungsplan für zusätzliche Impfstoffdosen als „unsolidarisch“ und als Ergebnis des „Drucks der großen Staaten“ bezeichnete.<sup>1</sup> Dass die tschechische Regierung gemeinsam mit Österreich und Slowenien auftrat, die den Plan ebenfalls ablehnten, demonstriert exemplarisch einen wichtigen Aspekt der tschechischen Europapolitik: Prag nutzt flexible, meist regionale Foren, um seine Positionen mit anderen Staaten abzustimmen. Dies ermöglicht es nicht nur, bei der Aushandlung eines Kompromisses eigene Interessen besser einzubringen, sondern auch Kompromisse abzulehnen, ohne in die Rolle eines Grundsatzverweigerers zu geraten. Dies ist auch der Grund, warum Prag die Visegrád-Gruppe zwar ebenfalls als Verstärker nutzt, sie jedoch zugleich mit Vorsicht betrachtet. In einen Topf mit Polen und Ungarn, deren Regierungen in einen Grundsatzstreit mit der Europäischen Kommission über Fragen der Rechtsstaatlichkeit verwickelt sind, möchte Tschechien nicht geworfen werden.

---

1 Irozhlas: „Za zavřenými dveřmi solidarita neexistuje.“ Babiš kritizuje unijní oznámení o rozdělení vakcín, 2.4.2021.

Da Babiš mit der Ablehnung des EU-Verteilungsplans zwar Standfestigkeit zur Schau stellen konnte, dies Tschechien jedoch keine Impfstoffdosen einbrachte, erwog die Regierung die Bestellung zusätzlicher Vakzine in Russland. Die tiefe Entfremdung zwischen Moskau und Brüssel seit Beginn der offenen Aggression Russlands gegen die Ukraine verlieh auch diesen Erwägungen eine geopolitische Dimension. Die Regierung in Prag strich dies allerdings – anders als dies der tschechische Präsident Miloš Zeman oder Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán oft tun – nicht heraus. Gleichwohl scheiterte der Versuch einer sachbezogenen Herangehensweise. Während die Verhandlungen über die Lieferung von Sputnik-V-Dosen aus Russland noch liefen, gab die tschechische Regierung in einer abendlichen Sondersitzung Ende April 2021 bekannt, dass der russische Militärgeheimdienst GRU die Verantwortung für zwei Explosionen in einem Munitionslager in Mähren im Jahr 2014 trage. Der tschechische Verfassungsschutz muss Beweise vorgelegt haben, die Babiš keine andere Wahl ließen. Damit war das Thema Impfstoffe aus Russland vom Tisch. Tschechien verwies umgehend 18 Mitarbeiter der russischen Botschaft des Landes, der russische Konzern Rosatom wurde von der Liste möglicher Technologielieferanten für einen geplanten neuen Block im Atomkraftwerk Dukovany gestrichen. Prag erhielt im eskalierenden Streit mit Moskau um Diplomatenausweisungen die Unterstützung der anderen EU-Staaten und die tschechischen Anhänger einer Schaukelpolitik zwischen Brüssel und Moskau gerieten in die Defensive.<sup>2</sup>

### **Rechtsstaatlichkeit und Recovery Fund**

Zu einer europapolitischen Wende führte dies jedoch nicht, denn viele Konflikte zwischen Prag und Brüssel sind unmittelbar mit der Person des tschechischen Ministerpräsidenten verbunden. Es geht vor allem um Subventionsbetrug und die Verschmelzung privater und öffentlicher Interessen. Zum einen setzt sich der seit Jahren anhaltende Konflikt um mutmaßliche betrügerische Verwendung von EU-Mitteln für die Errichtung eines Luxusressorts fort. Nachdem zunächst das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung den Fall, in dessen Mittelpunkt Babiš steht, untersucht hatte, war er in den letzten Jahren Gegenstand heftiger innertschechischer Konflikte, in denen die Unabhängigkeit von Justiz und Polizei Schaden genommen hat. Dies allein verleiht dem Fall europapolitische Relevanz. Hinzu kommt nun, dass die Europäische Staatsanwaltschaft, die im Juni 2021 ihre Arbeit aufgenommen hat, sich mit dem Fall befassen wird. Tschechische Staatsanwälte werden im Namen der europäischen Behörde gegen den tschechischen Ministerpräsidenten ermitteln. Babiš sprach schon im Jahr 2019 von einem „Angriff auf die Tschechische Republik“,<sup>3</sup> mit weiteren Äußerungen dieser Art ist zu rechnen.

Zum anderen halten die Auseinandersetzungen über die Frage an, ob Babiš mit der Übergabe der Eigentumsanteile an den von ihm gegründeten Konzern Agrofert an zwei Treuhandfonds die Kontrolle über das Unternehmen abgegeben hat, oder als Ministerpräsident Einfluss auf die Vergabe europäischer Mittel hat, von denen Agrofert und damit auch er profitiert.

Die Europäische Kommission ist nach einem einjährigen Audit-Verfahren Anfang 2020 zu der Auffassung gekommen, dass eindeutig ein Interessenkonflikt vorliege und

---

2 Vladimir Handl: „Russland sucht den Konflikt“. Vladimir Handl über die Beziehungen zwischen Prag und Moskau, 20.4.2021, abrufbar unter: [www.zeitschrift-osteuropa.de/blog/russland-sucht-den-konflikt](http://www.zeitschrift-osteuropa.de/blog/russland-sucht-den-konflikt) (letzter Zugriff: 5.10.2021).

3 Viktoria Großmann/Matthias Kolb: Demonstranten fordern Rücktritt von Premierminister Babiš, in: Süddeutsche Zeitung, 4.6.2019.

Babiš gegen das entsprechende, auf europäischen Druck im Jahr 2017 verabschiedete tschechische Gesetz verstoße. Tschechien müsse die Vergabe von Mitteln aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds transparenter gestalten. Die mit der Verteilung der Mittel befassten Ministerien sollen Listen aller Amtsträger und der von ihnen kontrollierten Unternehmen führen und bei der Bewertung möglicher Interessenkonflikte insbesondere auf Firmen achten, die von Treuhandfonds verwaltet werden. Dies zielt selbstverständlich auf den Ministerpräsidenten. In den Fokus der Auseinandersetzungen ist zuletzt immer mehr auch Industrie- und Handelsminister Karel Havlíček geraten, der Babišs Partei ANO angehört und trotz mehrerer Mahnungen der Europäischen Kommission die entsprechenden Forderungen in seinem Ressort nicht umsetzt.

Gleichwohl haben die EU-Finanzminister den tschechischen Aufbau- und Resilienzplan im September 2021 gebilligt. Allerdings hatten die Generaldirektionen Regionalpolitik sowie Beschäftigung, Soziales und Inklusion in einem gemeinsamen Brief nach Prag bereits einige Wochen zuvor angekündigt, dass sie die Auszahlung aller Mittel aus Förderprogrammen stoppen würden, wenn die tschechischen Behörden die Offenlegung von Interessenkonflikten weiter behindern.<sup>4</sup> Die Europäische Kommission hat zudem erklärt, dass sie nach der noch im Jahr 2021 erwarteten Zahlung der ersten Tranche von 13 Prozent der insgesamt sieben Mrd. Euro, die insgesamt aus dem NextGenerationEU-Programm nach Tschechien fließen sollen, auch die Überweisung der Mittel aus diesem Fonds von der Durchführung rechtskonformer Audit-Verfahren abhängig machen werde. Auffällig ist, dass Industrie- und Handelsminister Karel Havlíček versucht, die Entscheidung auf einen Zeitpunkt nach den Parlamentswahlen Anfang Oktober 2021 zu verschieben. Generell halten Babiš und seine Partei das Thema aus dem Wahlkampf heraus. Anti-europäische Stimmungsmache ist im Jahr 2021, anders als dies bei früheren Wahlkämpfen in Tschechien schon der Fall war, nicht opportun.

### **Migrationspolitik und Ratspräsidentschaft**

Dies zeigt sich auch beim Thema Asyl und Migration. Populistische Agitation richtet sich im Wahlkampf 2021 – außer bei der rechtsradikalen Partei Svoboda a přímá demokracie (Freiheit und direkte Demokratie) – kaum gegen die EU. Der scharfe Konflikt aus dem Jahr 2015 über Umverteilungsquoten taucht allenfalls noch in Forderungen wie jener auf, dass alle EU-Staaten eigenständig über ihre Migrations- und Asylpolitik entscheiden sollen. Selbst das Wahlbündnis Spolu (Gemeinsam), in dem sich drei Mitte-Rechts-Parteien zusammengeschlossen haben, nennt diese in ihrem Programm, obwohl von einer Vergemeinschaftung der Asylpolitik nie die Rede war.

Gleichwohl zeigt die Entstehung dieses Bündnisses, an dem sich neben der christsozialen KDU-ČSL und der gemäßigt konservativen TOP09 auch die nationalliberale ODS beteiligt, dass diese unter dem Parteivorsitzenden Petr Fiala in den vergangenen Jahren ihren einstigen scharf EU-kritischen Kurs verlassen hat. Seit Mitte 2019 ist auch Václav Klaus junior, der Sohn des Ex-Präsidenten und bekanntesten tschechischen EU-Kritikers, der politisch in die Stapfen seines Vaters tritt, nicht mehr Mitglied der ODS. Er gründete die rechtsnationale Trikolora, die unter der Führung einer weiteren ehemaligen ODS-Abgeordneten bei den Wahlen 2021 die Fünf-Prozent-Hürde überspringen will.

---

4 Tereza Čemusová: Z Bruselu přišel varovný dopis: Kontrolujte střet zájmů a svěřenské fondy, jinak pozastavíme dotace, in: iRozhlas, 30.8.2021.

Aufgrund der starken Zersplitterung des tschechischen Parteiensystems wird jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit erneut Babišs ANO als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen. Alles spricht dafür, dass er tschechischer Ministerpräsident sein wird, wenn das Land im Juli 2022 für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt. Dieses Ereignis wirft bereits seine Schatten voraus, so dass sich die Ambivalenzen tschechischer Europapolitik im Jahr 2021 auch an den Vorbereitungen für diese Aufgabe ablesen lassen. Babiš maß der Ratspräsidentschaft lange keine große Bedeutung zu und führte einen scharfen Konflikt um die Finanzierung mit dem Prager Außenministerium, in dessen Zuge einer der profiliertesten tschechischen EU-Diplomaten seinen Posten als Botschafter des Landes bei der EU verlassen musste.<sup>5</sup> Mittlerweile wurde das Budget für die Ratspräsidentschaft leicht aufgestockt. Doch der Konflikt zwischen dem Außenministerium, das sich für eine kompetente Vertretung tschechischer Interessen in der EU und eine professionelle Durchführung der Ratspräsidentschaft einsetzt, und dem Ministerpräsidenten, dessen persönliche Interessenkonflikte sich in der EU-Politik seines Landes niederschlagen, hält an.

### Weiterführende Literatur

- Vladimír Handl et al.: Schlüsselland Tschechien. Politik und Gesellschaft in der Mitte Europas, Osteuropa 4–6/2021.
- Astrid Lorenz/Hanna Formánková (Hrsg.): *Czech Democracy in Crisis*, Cham 2020.
- Europäische Kommission: Pressemitteilung, NextGenerationEU: Europäische Kommission billigt Aufbau- und Resilienzplan Tschechiens im Umfang von 7 Mrd. EUR, 19.7.2021, IP/21/3745.

---

5 Euractiv: Český velvyslanec při EU Jakub Dürer do konce roku skončí. Úřad se mezitím chystá na úsporné předsednictví, 21.8.2020.